

Zwischen Wut- und Mutbürger Potenziale und Risiken der neuen Bürgerinitiativen

Thesenpapier von Kaevan Gazdar

"Nicht das Leitbild des engagierten citizen, sondern des konsumorientierten Kleinbürgers bestimmte den Wertehorizont der 1950er Jahre, ablesbar an verschiedenen Umfragen, die ausweisen, daß die Bevölkerung der frühen Bundesrepublik nicht für Politik interessierte... Diese Mischung von Desinteresse und Uninformiertheit ging einher mit der Disposition zu autoritären Einstellungen, die bei etlichen Umfragen geradezu erschreckende Ergebnisse zeitigten."

Axel Schildt: *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre.*

Das Zeugnis fiel verheerend aus. Ende der 1950er Jahre untersuchte ein Team von Politikwissenschaftlern der Universitäten Harvard und Yale die politische Kultur in den USA, Großbritannien, Italien, Mexiko und Westdeutschland. Sie stellten fest: Während in den angelsächsischen Ländern eine Kultur der Teilhabe herrschte, verhielten sich die Deutschen passiv und autoritätshörig. Die Forscher prophezeiten sogar eine Frist von rund hundert Jahren, bis sich in Deutschland eine demokratische Kultur entwickeln würde.¹

Nun: Die Forscher irrten gründlich. Schon in den 1950er Jahren täuschten Stichworte wie die "skeptische Generation" und die "ohne mich"-Mentalität über die Existenz diverser Protestbewegungen hinweg. Ganz zu schweigen von dem zivilen Ungehorsam im Sinne von Außerparlamentarischer Opposition (APO) und Bürgerinitiativen, der sich in den Jahren vor und nach 1968 entfaltete. Schon damals flogen verbal die Fetzen; etwa als Kanzler Ludwig Erhard Autoren wie Günter Grass und Rolf Hochhuth als "Banausen" und "Pinscher" bezeichnete. Oder als im Jahr 1980 der damalige CSU-Generalsekretär Edmund Stoi-

¹ Gabriel A. Almond und Sidney Verba: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations.* Die Studie basierte auf Umfragen in den jeweiligen Ländern.

ber linke Schriftsteller als "Ratten und Schmeißfliegen" verunglimpfte.

Die heutige Debatte über Wutbürger ist gleichwohl eine tektonische Verschiebung epochalen Ausmaßes. Denn die Auseinandersetzungen der Vergangenheit wurden von politischen und kulturellen Eliten ausgetragen; der Bürger nahm die Auslassungen der "Wutelite" wahlweise gefasst oder kopfschüttelnd zur Kenntnis. Nun urteilt die meinungsbildende Elite über den Bürger – und wer die heutige Debatte Revue passieren lässt, kommt zum Ergebnis: Etwas mehr Zipfelmütze im Sinne von Passivität und Autoritätshörigkeit seitens des Bürgers wäre durchaus erwünscht.

Der Spiegel-Journalist Dirk Kurbjuweit brachte den gärenden Unmut im Herbst 2010 auf den Punkt in seinem Essay *Der Wutbürger*: "Eine neue Gestalt macht sich wichtig in der deutschen Gesellschaft: Das ist der Wutbürger." Kurbjuweits Phantom ist "konservativ, wohlhabend und nicht mehr jung". Früher waren diese Bürger staatstragend, vulgo: gesittet. Heute melden sie sich lautstark zu Wort, demonstrieren gegen den Stuttgarter Tiefbahnhof, aber auch gegen Windräder und Hochspannungsmasten – und setzen sich gelegentlich durch.

Engagierter Protest oder egoistische Stänkerei?

In seinem Buch *Einfach nur dagegen* fokussiert Gerhard Matzig auf die destruktive Qualität des Protests. Er vergleicht den Enthusiasmus bei den Münchner Olympischen Spielen 1972 mit den Protesten im Vorfeld der Bewerbung für die Winterspiele 2018. Matzig erkennt darin eine grundsätzliche Abkehr von der Moderne, die er in markigen Worten beschreibt: "Deutschland 2011: das ist ein Land, das sich entweder aggressiv oder depressiv anfühlt... Deutschland ist heute ein Ort der Angst, nicht der Zukunftslust, ein Ort der Nörgelei, nicht der Zuversicht."

Dreh- und Angelpunkt der Wutbürger-Kritik: Es geht den meist älteren Herrschaften nicht wirklich um Gemeinwohl, sondern um den Eigennutz. Stimmt diese Wahrnehmung mit der Wirklichkeit überein?

- Ja, wenn man die Ergebnisse einer Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung glauben schenkt. Demnach waren zwei Drittel der Stuttgarter Demonstranten älter als 46 Jahre, fast die Hälfte besaßen einen Universitätsabschluss – und vor allem handelte es sich häufig um Grundstückeigentümer und Hausbesitzer.
- Eher nein, wenn die Ergebnisse einer Befragung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) am gleichen

Standort stimmen. Die Motive der Demonstranten waren hohe Kosten, Demokratiedefizite bei der Projektplanung und -durchführung. Vor allem: Die Demonstranten stammten eher aus der linken Mitte, nicht aus dem saturierten Bürgertum.

Wann artet also engagierter Protest in egoistische Stänkerei aus? Hier hilft nur der Einblick in den Einzelfall. Dafür eignet sich die Stuttgart 21-Saga wie kaum ein anderes Großprojekt der vergangenen Jahre. 2010 wählte die Gesellschaft für deutsche Sprache den "Wutbürger" zum Wort des Jahres. Auf den zweiten Platz: Stuttgart 21.

Stuttgart 21: legal, aber auch legitim?

Nur wer die Genese des Tiefbahnhofs kennt, vermag die Ausmaße des Konflikts zu beurteilen. 1995 sitzt der damalige Bahnvorsitzende Heinz Dürr in den Redaktionsräumen der Stuttgarter Nachrichten und prahlt darüber, wie er im Jahr zuvor das Jahrhundertwerk des neuen Bahnhofs vorgestellt habe: in einer "überfallartigen" Aktion. Es ist noch zu Zeiten der langsamen Kohl-Dämmerung und gerade im Südwesten ist die politische Landschaft herrlich schwarz. Bundes- und Landesverkehrsminister, Bahnchef, selbstverständlich auch der Ministerpräsident des prosperierenden Bundeslandes und der Oberbürgermeister der properen Stadt sind allesamt Schwaben mit christlichem Parteibuch. Man verständigt sich auf kurzem Wege; aufkeimender Bürgerprotest – etwa die 1996er Unterschriftenkampagne "Leben in Stuttgart – kein Stuttgart 21" – wird schlicht ignoriert.

Im September des gleichen Jahres berichtet der Südwestfunk über die Proteste und lässt auch den Chef der Bundesbahn zu Wort kommen. Auf die eher verhalten vorgebrachte Frage des Reporters, ob der Bahnhofsumbau notwendig sei, antwortete Dürr sympathisch-schwäbelnd: "Ja, notwendig, können wir sagen, ist's eigentlich gar nicht. Nur, es ist eine Weiterentwicklung, es ist ein Fortschritt, mn, dass wir eben Gleisanlagen, die für den Reisenden nicht mehr erforderlich sind, aufgeben und die den Städten zur Verfügung stellen, um hier, äh, neue Entwicklungen für die Stadt zu machen."

So wird ein Projekt ohne viel Federlesen schnell verabschiedet. Das Geschäft beruht auf Gegenseitigkeit: Der Kopfbahnhof wird beseitigt, aus dem Erlös der Grundstücke wird der neue Bahnhof maßgeblich mitfinanziert. So kann auch Stuttgarts CDU-Oberbürgermeister Manfred Rommel davon schwärmen, die "zweite Stadtgründung" sei "ausgesprochen günstig". Bedauerlicherweise trifft gerade dies nicht zu; 2008 ermittelt der Bundesrech-

nungshof Mehrkosten von 2,1 Milliarden Euro; das Bundesverkehrsministerium schmettert das Gutachten als unzutreffend ab. Gleichermäßen in den Wind geschlagen wird noch 2010 ein Gutachten des Umweltbundesamtes, das nicht nur erhebliche Verkehrsprobleme vorausgesagt, sondern auch ein Finanzierungsbedarf von bis zu 11 Milliarden Euro.² Was nicht sein darf, kann eben auch nicht sein; für die Beteiligten stand einfach zu viel auf dem abgekarteten Spiel.

Um aber bei der Spielmetapher zu bleiben: Die Projektbetreiber können zu Recht beanspruchen, die Spielregeln der repräsentativen Demokratie eingehalten zu haben. Baugenehmigungen wurden ordnungsgemäß erteilt, das Verwaltungsgericht wies die Klagen der Projektgegner ebenso ab wie der Gemeinderat die Zulassung eines Bürgerentscheids. Alle Beschlüsse waren rechtsgültig. Die neue grün-rote Landesregierung kann sich außerdem auf eine Bevölkerungsmehrheit stützen, die im Rahmen eines Referendums Ende 2011 ein klares Votum für Stuttgart 21 abgab.

Was ist also, wenn Teile des Volkes die Spielregeln der Repräsentation für unzureichend hält? Wenn sie mehr Partizipation einfordern? Bisher galten das von den Besatzungsmächten nach dem Zweiten Weltkrieg vorgegebene Staatsgerüst als sakrosankt. Nach den verhängnisvollen Erfahrungen während der Weimarer Republik galt es, Volksabstimmungen und Ähnliches zu erschweren.

Aber soll dieser Grundsatz ewigen Bestandschutz genießen? Schon 1956 veröffentlichte der Schweizer Journalist ein viel beachtetes Buch mit dem programmatischen Titel *Bonn ist nicht Weimar*, womit er auf die politische Stabilität der Bundesrepublik anspielte. Berlin ist erst recht nicht Weimar; die Angst vor der "Trillerpfeifendemokratie" erscheint unbegründet. Der Historiker Paul Nolte sieht die direkte Demokratie in Deutschland auf dem Vormarsch.

Bei Tendenzdiagnosen ist allerdings Vorsicht geboten; schon zu Zeiten der 1968er Unruhen gab es die APO und die Bürgerinitiativen. Auch für Protestwellen gelten wohl die Gesetzmäßigkeiten von Flut und Ebbe. Wie die SZ-Journalistin Hannah Beitzer feststellt: "Noch bis vor Kurzem haben sie (die Kinder der 68er) abends in der Studentenkneipe bei Wein und Wokpfanne eher über die politische Lage in Russland und Lateinamerika diskutiert als über die vor der eigenen Haustür."

Nun ist die neue Protestgeneration konkreter geworden.

² Der Kostenvoranschlag von 1995 sah Investitionen von 5 Milliarden **Mark** vor; 2008 wird ein Finanzbedarf von 5 Milliarden **Euro** ermittelt, doppelt so hoch wie die ursprüngliche Planung.

Damit sind die heutigen Unruhestifter für die Funktionselite aus Politik, Verwaltung und Justiz, die sich in ihren repräsentativen Ämtern häuslich eingerichtet hat, weitaus gefährlicher als die einstigen Weltverbesserer. Heute geht es eben um die Wurst, nicht um die Weltrevolution. Künftig wird es nicht ausreichen, formell im Rechten zu sein; die Mächtigen müssen substantiell recht behalten, will sagen: mit Argumenten überzeugen.

Bürgerverdrossenheit: Wer wählt wen ab?

Die Argumentationsschlacht haben aber die Befürworter von Stuttgart 21 eindeutig verloren. Zu ihrem Glück konnten sie sich noch hinter den Barrieren der Verfahrensformalien verschanzen. Ob das in Zukunft noch funktioniert? Bisher war Artikel 20 des Grundgesetzes - "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" - eine hübsche Floskel für Sonntagsreden. Denn schon im nächsten Satz des Artikels stand: Das Volk übe seine Gewalt durch Wahlen "und durch besondere Organe der Gesetzgebung" aus. Womit die Parameter des bürgerlichen Handelns klar eingeschränkt wurden. Deutsche Richter sprechen ihre Urteile "im Namen des Volkes" aus; das Volk hat sie aber nicht ernannt, anders als etwa in den USA. Das Volk: ein gravitatisches Abstraktum, das nun Konturen gewinnt. Die Schwarzen Schwaben haben den Konnex mittlerweile sicherlich verinnerlicht: Zuerst blamiert man sich auf der Straße, dann verliert man - nach 58 Jahren an der Macht - die Wahl.

Vor diesem Hintergrund ist die Kritik am Wutbürger, die sogar vom Vorsitzenden des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, geäußert wird, nachvollziehbar. Sie beschert den politischen Diskurs die neue Gattung der "Bürgerverdrossenheit". Sattsam bekannt sind Staats-, Parteien- und Politikverdrossenheit; die Unzufriedenheit des Bürgers mit der politischen Klasse führte in den behäbigen alten Zeiten zu Wahlenthaltensamkeit. Nun aber wird der Spieß umgedreht: Die Elite übt sich in Schelte am Bürger. Ein Schelm, der dabei an Bertolt Brechts Gedicht *Die Lösung* denkt. Brecht schrieb nämlich nach dem gescheiterten Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953: „Wäre es da/ Nicht doch einfacher, die Regierung/ Löste das Volk auf und/ Wählte ein anderes?“

Was aber tun? Hier hilft sicherlich jene Transparenz, die bei Stuttgart 21 nur widerwillig und scheinbarweise gewährt wurde. Anke Domscheit-Berg hat nach Stationen bei McKinsey und Microsoft unter anderem das Unternehmen *opengov.me* gegründet mit dem Ziel, Verwaltung und Politik offener zu gestalten. Über die Bürger im

Zeitalter von Web 3.0 schreibt sie: "Sie wollen genauer wissen, wie Entscheidungen der Verwaltung zustande kamen und wenn sie nicht zufrieden sind, verabreden sie sich online zum Protest wie bei Stuttgart 21 oder richten ePetitionen an den Bundestag."

Studien zeigen: Rund 70 Prozent der Bürger wünschen Transparenz bei Verwaltungsdaten. Und satte 80 Prozent wollen jene Beteiligungsformate, die social media ermöglichen. Gleichwohl: Drei Viertel der Befragten glauben nicht, dass die Politik diese Beteiligung wünscht. Womöglich zu Recht. Denn die Repräsentanten von Staat und Politik nutzen die neuen Medien eher dazu, den Bürger auszuleuchten. Vor dieser Art von Überwachung warnen schon vor Jahren Ilja Trojanow und Juli Zeh in ihrer Streitschrift *Angriff auf die Freiheit*.

Von dem Literaturkritiker Hanns-Hermann Kersten stammt das Bonmot: "Was lange gärt, wird endlich Wut." Amtsträger sind folglich gut beraten, ihr eigenes Handeln beizeiten ganz anders zu hinterfragen als in der Vergangenheit nötig.

Hier kann die Wirtschaft Impulse bieten. Vor allem Energieunternehmen stehen vor ähnlichen Legitimationsproblemen wie Politiker und Behördenchefs. Unter dem Motto *Akzeptanz braucht Bürgerbeteiligung* veröffentlichte RWE 2012 die Ergebnisse einer Befragung von Experten aus allen gesellschaftlich relevanten Bereichen. Fazit: Eine neue Beteiligungskultur sei dringend notwendig. Proteste seien nicht allein durch persönliche Interessen motiviert. "Die Teilnahme der Bürger muss originärer Bestandteil der Planung aller Unternehmen sein," so RWE-Chef Peter Terium. Er fügt hinzu: "Und sie muss 'echt' sein, d.h. den Bürgern muss eine tatsächliche Einflussnahme eingeräumt werden."

Von literarischem Wutbürger zum real existierenden Mutbürger

In der realen Welt verabreden sich die Wutbürger online zum Protestmarsch, wie Domscheit-Berg vermerkt. In der Belletristik hingegen sind es häufig empörte Einzelgänger. So beispielsweise Ilija Trojanows Ich-Erzähler Zeno in *Eis Tau*. Als Wissenschaftler hat Zeno sich der Gletscherforschung verschrieben; als gut bezahlter Expeditionsleiter begleitet er Naturtouristen, die sich an den Gletschern des Antarktis ergötzen – und durch ihre Reisetätigkeit dazu beitragen, dass das Eis weiter schmilzt. So wandelt sich der Wissenschaftler allmählich zum grünen Wutbürger.

Einen ähnlichen Entwicklungsprozess durchlebt der Protagonist von Anna Katharina Hahns in Stuttgart angesiedelten Roman *Am Schwarzen Berg*. Hahns Protagonist Peter Rau bricht ganz bewusst mit schwäbischer Ehrbarkeit, mischt sich vehement bei den Stuttgart 21-Demonstrationen ein und baut demonstrativ ein Baumhaus statt ein Häusle.

Womit die Frage auftaucht: Hat der Widerstand gegen einen prosaischen Tiefbahnhof mehr mit der schwäbischen Seele zu tun als gemeinhin angenommen? Ja, wenn man Wolf Reiser Glauben schenkt. In seinem Essay *Die ganze Wahrheit über Stuttgart 21 - Und wie es mit uns allen weitergeht* treten Hölderlin und Hesse ebenso auf wie RAF-Aktivisten und Amokläufer. Das äußerlich angepasste Mittelstandsmilieu als Humus für Weltverweigerer und Sinnentleerte. Nicht nur ein weites, sondern ein überaus fruchtbares Feld.

Sinnigerweise scheint es keine Romane über Mutbürger zu geben. Sind konstruktiv veranlagte Zeitgenossen etwa literarisch uninteressant? Die Antwort ist wohl: nicht nur literarisch uninteressant. Christoph Giesa, Initiator der Bürgerbewegung zur Unterstützung von Joachim Gauck als Bundespräsidentenskandidat, bringt die Problematik auf den Punkt: "Für etwas zu sein ist so viel schwerer, als gegen etwas zu sein. Immerhin braucht es für Ersteres auch ein Konzept, für Letzteres nur eine Emotion." Damit spricht er sicherlich vielen Bürgern aus der Seele, die sich unermüdlich für soziale und ökologische Ziele einsetzen, ohne je die Aufmerksamkeit zu erhalten, die dem Wutbürger zuteil wird.

Ausnahmen bestätigen die Regel: Projekte wie "(M)ein Englischer Garten", die Vision einer Untertunnelung des Isarrings und der Wiedervereinigung der Parkflächen von Münchens Edelpark, erzeugen ein großes Echo in der Öffentlichkeit, wecken sie doch die Phantasie des Betrachters.

Ob der eher sozialwissenschaftlich orientierten Mutbürger-Bewegung eine ähnliche Resonanz beschert wird, erscheint fraglich. Der Politikwissenschaftler und Vordenker dieser Bewegung Claus Leggewie legt den Finger in die offene Wunde der streitbaren Demokratie: "Was machen wir am nächsten Tag, wenn die Wut verklingt? Haben wir dann einen furchtbaren Kater oder gehen wir dann überhaupt nicht mehr zu politischen Veranstaltungen, oder organisiert sich dann die Bürgergesellschaft in einer Weise, dass wir die Verhältnisse auch wirklich bessern?"

Letzteres bedeutet: dicke Bretter bohren. Wobei: Wenn ein Saulus zum Paulus mutieren kann, warum nicht ein Wut- zum Mutbürger? Beide vereint die Bereitschaft, Kaevan Gazdar

sich zu engagieren – was allemal besser ist als die Gleichgültigkeit des Konsumbürgers.

Trost vermag ausgerechnet Wolf Biermann zu verbreiten. In *Ermütigung*, einem Lied das im bewegten Jahr 1968 geschrieben wurde, heißt es in der vierten Strophe:

*Du, lass dich nicht verbrauchen,
gebrauche Deine Zeit.
Du kannst nicht untertauchen,
du brauchst uns und wir brauchen
grad deine Heiterkeit.*